

Berliner Tageblatt

VI. Jahrg. Nr. 7

13. Februar 1917

Wochen-Ausgabe
für Ausland und Uebersee

Erscheint jeden Mittwoch. Man abonniert bei allen Postanstalten in den Kolonien und Schutzgebieten des Deutschen Reiches, den Postanstalten in China, Konstantinopel und der Levante, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Belgien, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, der dänischen Antillen, Schwedens, Norwegens, der Donestaaten, Chiles, Uruguay zum Preise von 4,20 M. vierteljährlich inklusive Postzuschlag; für alle übrigen Staaten nur unter Kreuzband durch den Verlag, Berlin SW. 2. M. monatlich inklusive Porto, frei ins Haus.

Zellenpreis 75 Pr. Alleinige Anzeigenannahme: Annoncen-Exped. Rudolf Mosse, Berlin SW. Jersalemer Str. 46/49, Breslau, Schwandauer Str. 21, Dresden, Altmarkt 15, Düsseldorf, Schadowstr. 30/32, Frankfurt a. M., Zell 123, Hamburg, Jungfernstieg 12, Köln a. Rh., Hohe Str. 34, Leipzig, Grummatische Str. 27, Magdeburg, Breite Weg 12, Mannheim, Planken 0.4.6, München, Theaterstr. 3, Nürnberg, Karolinenstr. 23, Prag II, Graben 6, Strassburg i. R., Alter Weimarktpl. 1, Stuttgart, Königsstr. 51 B, Wien I, Seilerstr. 12, Warschau, Marszałkowska 124, Basel, Aeschenvorstadt 153, Zürich, Limmatquai 34. — Druck u. Verlag von Rudolf Mosse, Berlin.

Wilson's Misserfolg bei den Neutralen.

Die politische Lage.

Von
Josef Schwab.

Deutschland und Amerika. — Wird es zum Kriege kommen? Unsere feststehende U-Boot-Politik. — Amerikas „Neutralität“ seit Kriegsbeginn. — Die neutralen Absagen an Wilson. — Der A.B.C.-Bund. — Die Antworten Spaniens, Hollands, der Schweiz. Eine schwedische Lektion für Wilson.

Graf Bernstorff ist mit freiem Geleit der Feindesmächte an Bord eines dänischen Dampfers nach der Heimat unterwegs und Mr. Gerard hat in Barcelona Schiffsplätze nach New York belegt. Der Abbruch der Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika, die fünf Vierteljahrhunderte in Freundschaft und einem immer gewaltiger steigenden Handelsverkehr miteinander gelebt, ist vollzogene Tatsache. Ob sich aus diesem Zustande noch weitere Konsequenzen entwickeln werden, steht dahin. In Paris und London, wo das Publikum eine gewisse eilfertige Nervosität zeigt, die Vereinigten Staaten als Effekten in dem Bunde der „Zivilisation wider die Barbarei“ begriffen zu können, wiegelt die Presse etwas ab. Sie gibt zu, dass man in Washington mit der Kriegserklärung keine Eile habe. Man hört von Stimmen darauf hindeuten, dass die Politik des Präsidenten durchaus nicht im ganzen Lande als die beste Wahrnehmung der amerikanischen Interessen angesehen wird und dass der Senat nur, um dem Auslande die einheitsliche Front der Nation zu zeigen, mit der grossen Mehrheit von 78 gegen 5 Stimmen seinen Schritt gutgeheissen habe. Auf der anderen Seite wird von der Einbringung ungeheurer Rüstungsvorlagen im Kongresse für die Streitkräfte zur See und zu Lande berichtet, was beweist, dass die Nation bereit wäre, wenn der Ruf aus dem Weissen Hause dazu ergäbe, auch einen mehr als „platonischen Krieg“ für das zu führen, was Herr Wilson das amerikanische Recht, auch ein unbefangenes Leben zu führen, zu nennen beliebt. Die Regierung hat schwerlich Eile, die Konsequenzen ihrer Stellungnahme zu überstürzen. Sie hat auf die Anfrage der Reeder, ob sie ihre Schiffe mit amerikanischen Kriegstransporten für England und amerikanischen Passagieren in das von Deutschland festgesetzte Sperrgebiet hinein fahren lassen sollen, nicht mit Ja und nicht mit Nein geantwortet. Aber sie hat gleichzeitig die Befreiung der Handelsschiffe zu Bug und Heck gegen U-Boote für berechtigt erklärt, was anzeigt, dass sie den Reeder, die es darauf ankommen lassen wollen, den Konfliktstoff zu schaffen, nichts in den Weg legt. Die Anordnung hinwiederum, dass Amerikanern keine Reisepässe nach Europa mehr ausgestellt werden sollen, deutet auf eine besonnenere Politik.

So wenig geklärt diese Dinge im Augenblick auch erscheinen, so ist doch eines klar: dass an der Stellung Deutschlands in der U-Boot-Frage grundsätzlich und in der Praxis nichts mehr zu ändern ist. Die Kriegsflanke des Präsidenten Wilson, die in so seltsamem Kontrast zu den von ihm kurz vorher verkündeten Friedensidealen steht, ist vom deutschen Volke einmütig mit grosser Ruhe und dem ersten Bewusstsein aufgenommen worden, dass es für uns auch neuen Bedrohungen gegenüber kein Zurück mehr gibt. Der Widerspruch Amerikas gegen den uneingeschränkten Tauchbootkrieg war von vornherein in Rechnung gestellt worden. Man sagte sich, dass die Nachteile, die daraus erwachsen können, aufgewogen werden müssen durch den Erfolg, den die neue Kriegführung uns über unseren westeuropäischen Gegner sichern wird und dass diese Überzeugung für die Entscheidung unserer militärischen Stellen massgebend gewesen sein muss. In diese Erwägungen mischte sich überall, von einem Häuflein extremer Köpfe abgesehen, aufrichtiges Bedauern über die seltene Neutralitätsauffassung des Präsidenten, die zu dem Bruch zwischen uns und der überseeischen Republik geführt hat, deren Interessen wir niemals in seiner Geschichte zu nahe getreten sind; ein Bedauern in das freilich die verletzte Sprache der Botschaft des Präsidenten ein gut Teil Entrüstung gemischt hat; denn diese hochtönenden Beschuldigungen gegen uns riefen uns alles in Erinnerung, was wir an Betätigungen amerikanischer „wohlwollender Neutralität“ gegenüber unseren Gegnern seit Beginn des Krieges erlebt und hingeworfen haben. Seit England durch eine völkerrechtswidrige Blockade die Handelsverbindung zwischen Amerika und uns unterbrochen hat, hat diese Verbindung aufgehört für Herrn Wilson zu den Grundrechten des

amerikanischen Volkes zu zählen. Uns aber wird die Verhängung der Handelssperre in der Gegenwart, zu der ein unerbittlich geführter Aushungerungskrieg zwingt, als unerträglicher und unduldbarer Eingriff angesehen. Gegen uns wird das schwerste diplomatische Geschütz aufgeföhren, werden die letzten und schärfsten Drohungen angewandt; gegen England und seine Verbündeten begnügt man sich bei den dreiesten und rücksichtslosesten Eingriffen durch Postraub, schwarze Listen und Handelskontrolle mit sanften, platonischen Protesten. Nicht einmal gegen die neueste englische Sperrgebietsklärung, die Amerikas Handel mit anderen Neutralen, Holland und Dänemark, bedroht, erhob Amerika ein Wort des Einspruchs. Freilich, für den Ausfall des deutschen Handelsentschiedigten die ungeheuren Munitionsbestellungen und Goldsendungen der Entente; für die kühle Missachtung, die den papierenen Protesten zuteil wurde, gab der englische Beitrag zu der „prosperity“, die sich

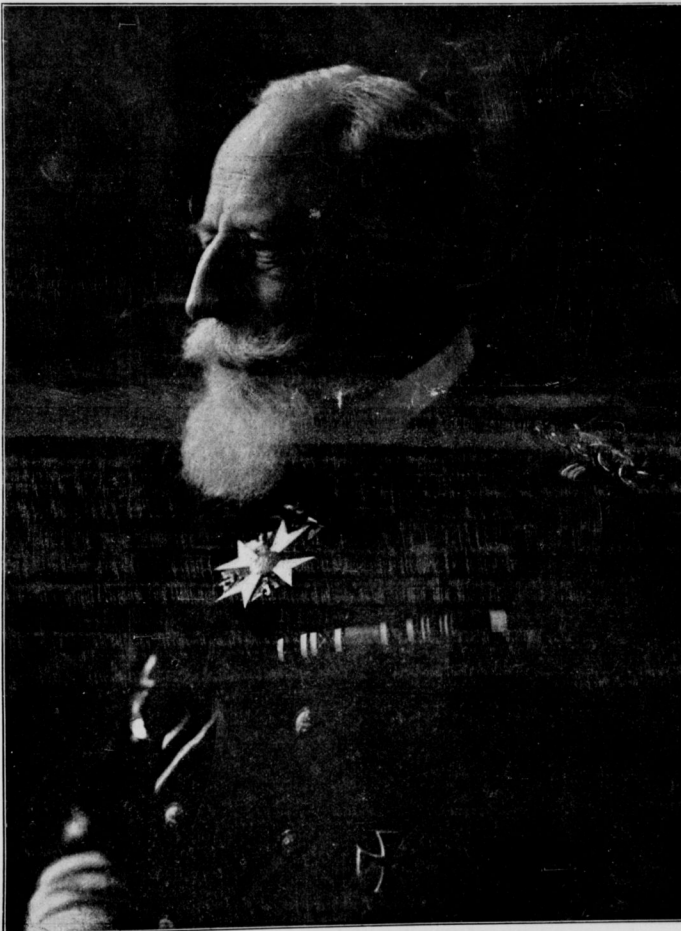
rung zuteil geworden sind, seinem Beispiele zu folgen und die diplomatischen Beziehungen mit uns abzubrechen. Die Ankündigung in seiner Botschaft, er sehe es als ausgemacht an, dass alle neutralen Regierungen denselben Weg eingeschlagen, hat ihm eine schwere Enttäuschung eingebracht. Der Misserfolg bringt ihm wohl auch in den Augen seines eigenen Volkes, eine empfindliche Minderung seines staatsmännischen Prestiges. Auf den Befehlston, der da heisst, dass die amerikanischen Interessen und der amerikanische Standpunkt für alle Welt massgebend zu sein habe, sind die kleineren Nationen, die in der Union mehr als einmal vergeblich den Verfechter ihrer Interessen zu finden gehofft hatten, nicht eingegangen. Sie geben ihr jetzt deutlich zu verstehen, dass sie eine Politik, die von einer fast naiven Verständnislosigkeit für ihre Lebensbedürfnisse und für die Lage der Dinge in Europa ausgeht, nicht mitmachen können. Am meisten kann die Regierung in Washington noch mit der Haltung der südamerikanischen Schwesterrepubliken zufrieden sein, denn diese schliessen sich ihrem scharfen Protest gegen die deutsche U-Boots-Politik an. Aber bei der besonderen Abhängigkeit, in der der A.B.C.-Bund Argentiniens, Brasiliens und Chiles von seinen nordamerikanischen Inspiratoren steht, ist es doch vielsagend, dass nicht einer dieser Staaten den geforderten Bruch vollzogen hat. Die Antworten aus Europa aber bedeuten für Herrn Wilson eine glatte diplomatische Niederlage. Zur Aufgabe ihrer Neutralität zugunsten seiner Ideale zeigen sie sich um so weniger geneigt, je näher sie den Schauplätzen des europäischen Kriegeseldes sind und je mehr sie unter den Bedrückungen durch die englische Secherrschafft gelitten haben und leiden. Spanien sandte eine sehr freundliche Zustimmungsnote und protestierte, wie zu erwarten war, in Berlin, betont aber zugleich sehr eifrig den Wunsch zur Fortsetzung seiner Neutralitätspolitik. Noch eifriger tun dies, und aus guten Gründen, die Regierungen der Schweiz und Hollands, die Herr Wilson gleichzeitig zu verstehen geben, dass sie durch den Bruch mit uns in eine ganz unmögliche wirtschaftliche Lage geraten würden, und das völlige Hinwegsehen über ihre Lebensinteressen sie nicht wenig in Erschauern versetzt. Auch die skandinavischen Staaten betonen sehr energisch, dass nach den sorgfältigen Erwägungen, die sie nochmals angestellt, für sie das Heil allein in der Bewahrung der Neutralität liegt. Die Antwort, die von der schwedischen Regierung ausgegangen, dürfte im Weissen Hause besonders starken Eindruck gemacht haben. Sie redet, im Gegensatz zu den Winkelzügen und der schwach verhüllten Parteilichkeit der amerikanischen Kundgebungen, die Sprache ehrlicher und aufrichtiger Neutralität und erinnert den amerikanischen Mahner daran, was er im Dienste solcher Neutralität hätte tun können und zu tun versäumt hat. Es wird ihm ins Gedächtnis zurückgerufen, dass amerikanische Interessenpolitik den Anschluss an schwedische Vorschläge verweigert hat, die zum Besten aller Neutralen gemacht waren. Schweden wolle den Weg der Neutralität und Unparteilichkeit nicht verlassen; zu diesen Grundsätzen aber stehe das von Wilson gewählte Verfahren durchaus im Gegensatz. Das ist in höflichster Form eine scharfe, aber eine sehr berechtigte Kritik; sie ist wohl geeignet, der grossen Machtfülle, über die Herr Wilson verfügt, ein wenig von der notwendigen staatsmännischen Erfahrung hinzuzufügen.

So ist der Stand des diplomatischen Notenspiels, an dem wir nicht weiter beteiligt sind. Der uneingeschränkte Tauchbootkrieg aber hat präzise seinen Anfang genommen und geht weiter, im ganzen Bereich des Sperrgebietes mit einem statistischen Erfolg, der unseren Erwartungen entspricht. Es wird sich bald zeigen, ob die Abkürzung des Krieges der Welt nach unserem U-Boot-Programm oder nach den Wünschen des Präsidenten beschert wird, der uns vergeblich die scharfe Waffe aus der Hand zu schlagen sucht, die uns zu dem ersehnten Ziele führen soll.

Abfahrt zweier amerikanischer Frachtdampfer nach dem Seespergebiet.

Rotterdam.

Reuters Bureau meldet aus New York vom Sonnabend: „Die beiden unbewaffneten amerikanischen Frachtdampfer „Orleans“ und „Rochester“ sind heute nachmittag nach dem Seespergebiet abgefahren. Sie werden die ersten Schiffe unter amerikanischer Flagge abgeben, die von hier in das seit der deutschen Note über den uneingeschränkten Unterseebootkrieg gefährdete Gebiet fahren. Keines der



Im Zeichen des verschärften U-Boot-Krieges:
Admiral v. Holtzendorff, Chef des Admiralstabs der Marine.

Hänse Herrmann.

Herr Wilson als persönliches Verdienst anrechnet, den Ausgleich. Bereitwillig machte man sich die englische Fiktion der „zur Verteidigung bewaffneten Handelsschiffe“ zu unseren Unzinsen zu eigen, sehr im Gegensatz zu anderen neutralen Staaten, wie Holland und Spanien, die solchen Schiffen den Aufenthalt in ihren Häfen versagen. Man zeigt ein theoretisches Verständnis für den Kampf um die Freiheit der Meere, den wir tatsächlich gegen die englische Seeübergewalt zugleich im Interesse aller Neutralen kämpfen, und tritt — in eine Politik kurzessigen Eigennutzes — praktisch gegen alle die Mittel auf, die es uns ermöglichen können, in diesem Kampf den Dienst, den wir den Neutralen zu leisten haben, zu leisten.

Es liegt darum eine gewisse moralische Genugtuung für uns in den Absagen, die dem Präsidenten von den neutralen Völkern Amerikas wie Europas auf seine Aufforde-